



JHA

über die
1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 09.03.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Herr Heiko Klanke
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

DIE LINKE / GAL

Frau Gabriele Lenkenhoff

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Frau Alexandra Bartosch

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand
Frau Susanne Hartmann
Herr Bernhard Krüger
Herr Martin Kusber
Herr Herbert Ritter
Herr Johannes W. Schurgacz

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Dr. Ingo Arndt
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Friedhelm Kock
Herr Gerhard Peske

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt
Frau Kathrin Bohn
Frau Christina Fiegler
Frau Gertrud Sändker

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt
Frau Heike Schaumann

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Janine Klösener

Entschuldigt fehlten
Frau Sigrid Köhler
Herr Ludger Krampe
Herr Detlef Maidorn
Frau Annette Mann

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder	
2	Wahl der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses	007/2010
3	Kindertageseinrichtungen in Kamen - Ausbauplanung von u3-Plätzen für 2010 bis 2013 - Belegung der Tageseinrichtungsplätze zum 01.08.2010 - Investitionsbedarf in den Einrichtungen - Erhöhung des freiwilligen Zuschusses für die evangelischen Tageseinrichtungen - Rücknahme der Zuschüsse für Wichtelgruppen zwischen 2011 und 2013 - Ausblick auf die Entwicklung bis 2015	014/2010
4	Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste hier: Bericht der Verwaltung	
5	Produkthaushalt des Jugendamtes 2010 hier: Bericht der Verwaltung	
6	Anerkennung der Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V. als Freier Träger der Jugendhilfe	010/2010

7 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Verpflichtung der neuen Ausschussmitglieder

Frau **Dyduch** bat die Mitglieder sich zu erheben und verlas den entsprechenden Text zur Verpflichtung der Ausschussmitglieder für die neue Legislaturperiode.

Zu TOP 2.
007/2010

Wahl der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Herr **Weber** übernahm als ältestes Ratsmitglied den Vorsitz und ließ über die Wahl des/ der Vorsitzenden und dessen Stellvertreter/in abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt zur/ zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses:

Vorsitzende/r: Frau Marion Dyduch
stellv. Vorsitzende/r: Frau Ina Scharrenbach

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Frau **Dyduch** übernahm als neue Vorsitzende wieder den Vorsitz und wünschte allen eine gute, konstruktive Zusammenarbeit.

Zu TOP 3.
014/2010

Kindertageseinrichtungen in Kamen

- Ausbauplanung von u3-Plätzen für 2010 bis 2013
- Belegung der Tageseinrichtungsplätze zum 01.08.2010
- Investitionsbedarf in den Einrichtungen
- Erhöhung des freiwilligen Zuschusses für die evangelischen Tageseinrichtungen
- Rücknahme der Zuschüsse für Wichtelgruppen zwischen 2011 und 2013
- Ausblick auf die Entwicklung bis 2015

Herr **Brüggemann** verwies auf die umfangreiche Beschlussvorlage, welche ein engagierter Ansatz für die weitere Zusammenarbeit darstelle.

Er teilte mit, dass noch nicht alle u3 Wünsche in Kindertageseinrichtungen erfüllt werden können. Eine gute Alternative sei die Tagespflege, welche sich durch ein hohes Maß an Flexibilität auszeichne, die die Kindertageseinrichtungen in dem Umfang nicht leisten können.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage mit dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Situation eine klare Aussage treffe. Es sei fraglich, ob der Haushalt, der im Rat beraten und beschlossen werde, auch von der Aufsichtsbehörde genehmigt werde.

Da die Vorlage eine konsequente Weiterentwicklung der bisherigen Arbeit darstelle, bat er um Zustimmung.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die von der Verwaltung vorgeschlagene Belegung der Tageseinrichtungsplätze zum 01.08.2010, die Ausbauplanung von u3-Plätzen für 2010 bis 2013 sowie den Ausblick auf die Entwicklung bis 2015 zur Kenntnis
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt
 - a. unter Inanspruchnahme des vom Bund und Land bereitgestellten Investitionsprogramms den sukzessiven Ausbau von Betreuungsplätzen auf der Grundlage des ermittelten Bedarfes der örtlichen Jugendhilfeplanung für unter dreijährige Kinder sofern die Antragstellung mit den Trägern abgesprochen und die lokalen Fördervoraussetzungen erfüllt sind.
 - b. die Übernahme des hälftigen Eigenanteiles der Investitionskosten zur u3-Betreuung
 - c. die Erhöhung des freiwilligen Zuschusses um 1% der Gesamtbetriebskosten für die ev. Kindertageseinrichtungen rückwirkend ab 01.08.2009

Die Beschlüsse erfolgen unter Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Situation

3. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den sukzessiven Abbau der Wichtelgruppen bis 2013 zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Vorstellung der Konsolidierungsmaßnahmen aus der Potenzialliste
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass alle Fachbereiche auf einheitlichen Maßnahmenblättern Einsparpotenziale und Einnahmesteigerungen aufgezeigt haben. Aus den 60 Maßnahmen – auf den Jugendbereich entfallen 6 Maßnahmen – werde ein Haushaltssicherungskonzept entwickelt, welches der Rat zu beraten und zu beschließen habe.

Alle Bereiche seien bemüht, ernsthafte Sparbemühungen vorzulegen. Das Volumen bewege sich dabei von wenigen hundert Euro bis hin zu mehreren Millionen. Ob das ausreiche, um bis zum Jahr 2013 erfolgreich zu konsolidieren, sei fraglich.

1. Erhöhung Elternbeiträge

Herr **Brüggemann** berichtete, dass erst ab 2011 eine mögliche Anhebung der Elternbeiträge vorgetragen werde, in der Hoffnung, dass sich das Finanzierungssystem des Kinderbildungsgesetzes ändern werde. Das Gesetz sei an der finanziellen Umsetzung zu kritisieren. Zum Einen führe der Ausbau der u3-Betreuung und die damit verbundene Gruppenumwandlung zu höheren Kindpauschalen. Zum Anderen finde eine jährliche Verteuerung aller Kindpauschalen um 1,5 % statt.

Von der Planungsgröße des Landes, 19% der Gesamtbetriebskosten durch Elternbeiträge zu refinanzieren, erreiche die Stadt Kamen rd. 15%. Das bedeute, dass die Stadt Kamen neben den gesetzlichen Zuschüssen und den freiwilligen Zuschüssen zu den Trägeranteilen, weitere Zuschüsse zu zahlen habe, um die Systemkosten abdecken zu können.

Herr **Brüggemann** rief in Erinnerung, dass der Rat der Stadt Kamen das Land zur Rückkehr des Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren aufgefordert habe. Mit diesem Verfahren unterstütze das Land die Kommunen, in denen das vorgetragene 19%ige Elternbeitragsaufkommen aufgrund von sozialen Strukturen geringer ausfiele.

Werde das Land nicht zum Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren zurückkehren oder kommunal- bzw. elternfreundliche Finanzierungsmodelle einführen, sei über eine Erhöhung der Elternbeiträge nachzudenken. Dies werde im Jugendhilfeausschuss entsprechend vorgetragen werden.

Herr Pfarrer **Ritter** wies darauf hin, dass spätestens im Jahr 2011, bereits jetzt verabredet, ein grundsätzliches Hinterfragen der Gesetzeslage geben werde.

Frau **Scharrenbach** teilte im Namen der CDU-Fraktion mit, dass diese der mittelfristigen Erhöhung der Elternbeiträge nicht zustimmen werde. Die Fraktion sehe die Priorität bei vernünftigen Beiträgen anstatt andere Ausgaben im Stadtgebiet zu leisten. Sie betonte, dass die Stadt Kamen die Freiheit habe selbst zu entscheiden, ob und in welcher Höhe Elternbeiträge erhoben werden.

Herr **Klanke** warf ein, dass das System sich selbst verteuere, die Ausgaben der Stadt Kamen deshalb nicht gleich bleiben können, sondern sich automatisch erhöhen. Er sehe es als politisch verantwortlich gemeinsam Druck auszuüben.

Im Namen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN gab Frau **Möller** bekannt, dass die Fraktion der mittelfristigen Erhöhung der Elternbeiträge nicht zustimmen werde. Der Aussage von Frau **Scharrenbach**, dass die Erhebung der Elternbeiträge eine Freiheit der Stadt Kamen darstelle, stand Frau **Möller** kritisch gegenüber. Aber dennoch solle die Erzielung von Mehreinnahmen durch Erhöhung der Elternbeiträge nicht in der Form präsentiert werden, denn die Leistung, für die die Eltern zahlen müssen, sei immer noch dieselbe.

Frau **Schaumann** gab bekannt, dass die FDP-Fraktion der Erhöhung ebenfalls nicht zustimmen werde. Stehe die Erhöhung erstmal als Maßnahme fest, werde sie auch umgesetzt, ungeachtet eines eventuellen Ausgleichsverfahrens seitens des Landes.

Der Ausgleich zu den vom Land vorgegebenen 19% könne nicht durch die Stadt getragen werden, warf Herr **Brüggemann** ein. Die zentrale Frage sei, wie sich das Land zukünftig aufstellen werde. Werde eine Refinanzierung der fehlenden Elternbeiträge durch das Land geregelt, seien die Elternbeiträge nicht zu erhöhen.

Er würde empfehlen, erstmal abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln werden. Denn alle Ebenen hätten offensichtlich verstanden, dass es nicht in bisheriger Form weitergehen könne.

Jede Kommune habe die Möglichkeit die Priorität im Bereich der Kindertageseinrichtungen zu setzen, entgegnete Frau **Scharrenbach**. Frau **Schaumann** befürchtete, dass die Erhöhung der Elternbeiträge umgesetzt werde, auch wenn die Refinanzierung durch das Land beschlossen werde. Denn allein durch die Refinanzierung sei der Haushalt nicht ausgeglichen, so dass ihrer Ansicht nach auf die Erhöhung nicht verzichtet werde.

Das könne er für die Verwaltung ausschließen, so Herr **Brüggemann**.

Frau **Möller** gab bekannt, dass sie die Meinung der CDU-Fraktion teile. Werde die Erhöhung durch die Bezirksregierung gefordert und nicht von der Stadt selbst präsentiert, habe dies eine andere Wirkung.

Frau **Dyduch** teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss dies zur Kenntnis nehme und verwies auf die Ratssitzung in der nächsten Woche.

2. zentrale Spielplatzanlagen

Herr **Brüggemann** berichtete, dass der Fachbereich sich vorstellen könne auf acht von insgesamt 61 Spiel- und Bolzplätzen im gesamten Stadtgebiet Kamen zu verzichten. Dies sei aber nur möglich, wenn zentrale Spielplätze zu großen Anlagen weiterentwickelt werden. Dabei gehe es nicht nur um die flächenmäßige Ausdehnung, sondern auch um die Erweiterung der vorhandenen Spielgeräte.

Diese Anlagen können sowohl kommunale Spielplätze, als auch die Außenbereiche der Kindertageseinrichtungen oder Schulen sein. Dazu seien noch Gespräche mit Trägervertretern hinsichtlich der vertraglichen und versicherungsrechtlichen Situation notwendig.

3. Jugendfreizeitzentren

Durch die leichte Erhöhung der Bewertungspreise sollen Mehreinnahmen erzielt werden, berichtete Herr **Brüggemann**. Er betonte, dass aufgrund der

guten Zusammenarbeit an allen Freizeiteinrichtungen festgehalten werde.

4. Leistungen der Jugendhilfe

Im Bereich der Tagespflege, der stationären und ambulanten Hilfen werde im Jahr 2010 sehr ambitioniert mit einem Kostenvolumen in Höhe 4,0 Millionen Euro gerechnet. Ursprünglich habe man mit 4,5 Millionen Euro kalkuliert. Aber die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) habe in einer ersten Bewertung ein Sparvolumen von 500 TEURO benannt. Das habe man dann in die Haushaltsplanung aufgenommen. Es sei zweifelhaft, ob diese Zielmarke überhaupt zu erreichen sei.

Die GPA rege eine Umstellung auf Profifamilien an, informierte Herr **Brüggemann**. Eine weitere Überlegung sei, die Kinder am Wochenende aus den Heimen zu nehmen.

Die Erwartungshaltung, das Kostenvolumen auf unter 4 Millionen Euro zu senken, sei unrealistisch, so Herr **Brüggemann**.

Die Nachfrage von Herrn Dr. **Arndt**, ob es seitens der GPA konkrete Empfehlungen gebe, die stationären Kosten zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz der sozialpädagogischen Familienhilfe zu reduzieren, bejahte Herr **Brüggemann** und verwies auf den Bericht der GPA, der im Jugendhilfeausschuss noch vorgestellt werde.

5. Verminderung der Leistungen der Jugendhilfe

Herr **Brüggemann** gab bekannt, dass die Ferienfreizeiten ab 2010 gestrichen werden. Die ist mit Einsparungen in Höhe von 20.000 € verbunden. Im Gegenzug sollen die Angebote in den Freizeitzentren erweitert werden.

Frau **Dyduch** berichtete, dass in der Westfälischen Rundschau die Angebote für die Oster- und Herbstferien bekannt gegeben wurde. Zu diesen Angeboten zählen u. a. die Projekte „Traumstar-Academy 5“, „Dinoferia! – Reise in die Urzeit!“ und „Magic Mania“.

Pfarrer **Ritter** schilderte, dass die Feriengestaltung auch Thema der Sozialraumkonferenz gewesen sei. Viele Eltern können sich die Freizeiten nicht leisten, daher seien die Angebote in den Freizeitzentren eine gute Alternative. Er regte an, bestimmte Angebote auch in andere Stadtteile zu verlagern, damit auch weniger mobile Eltern ihre Kinder in den Ferien gut betreuen lassen können.

Auf Nachfrage von Frau **Scharrenbach** teilte Herr **Brüggemann** mit, dass nicht auf die Jahrespraktikanten in den Freizeitzentren verzichtet werde.

Zu TOP 5.

Produkthaushalt des Jugendamtes 2010
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Peske** erklärte auf Nachfrage von Frau Lenkenhoff, dass im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen (Produkt 31.03.03 – Seite 159 im Produktplan 2010) alle Möglichkeiten der Stadtkasse, wie z. B. eine Kontopfändung, ausgeschöpft werden, damit der unterhaltspflichtige Elternteil seinen Zahlungsverpflichtungen nachkäme. Leider sei dies häufig der einzige Weg, damit sich der unterhaltspflichtige Elternteil überhaupt melde. Bei nicht erwerbstätigen Personen werde unterhalb des Selbstbehaltes in Höhe von 770 € kein Heranziehungsversuch unternommen.

Frau **Dyduch** ließ über den vorgelegten Produkthaushalt abstimmen.

Beschluss:

Der Produkthaushalt wird wie vorgelegt beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
010/2010

Anerkennung der Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V. als Freier Träger der Jugendhilfe

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V. die öffentliche Anerkennung nach § 75 KJHG/SGB VIII auszusprechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Brüggemann** gab bekannt, dass im Erzbistum Paderborn neue Trägerstrukturen für die katholischen Kindertageseinrichtungen, die sich in der Trägerschaft von katholischen Kirchengemeinden befinden, geschaffen wurden. Die Anerkennung der Katholischen Kindertageseinrichtungen Ruhr-Mark gem. GmbH als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII, hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ausgesprochen.

Bisher wurden die beiden Kindertageseinrichtungen der Katholischen Kirchengemeinde Heilige Familie an die gem. GmbH übertragen. Weitere Übertragungen sollen zum 01.08.2010 folgen.

Nachfolgend berichtete Herr **Brüggemann** von der Unterschriftenaktion zum Erhalt der Wichtelgruppen. Die Verwaltung habe verstanden, dass die Wichtelgruppen ein gutes Angebot für unterdreijährige Kinder darstelle. Allerdings könne die Stadt diesen Zuschuss nicht mehr leisten. Dennoch können die Wichtelgruppen durch die Träger aufrechterhalten werden, nur ohne kommunalen Zuschuss.

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Brüggemann
Schriftführer